Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot
Band: 226 (1953)

Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.08.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltchronik

(Vom 1. Juli 1951 bis 30. Juni 1952)

Anders als im Vorjahr, wo mit dem Krieg in Korea ein Ereignis eingetreten war, das zwar die weltpolitische Entwicklung weder umstürzte noch in völlig neue Bahnen lenkte, sie aber doch tiefgehend beeinflußte, haben die zwölf Monate, über die hier zu berichten ist, Vorkommnisse von gleicher Bedeutung nicht gebracht. Vielmehr bewegte sich die Politik in den schon durch frühere Entwicklungen vorgezeichneten Geleisen weiter. Neue Fragen und Probleme von entscheidender Bedeutung sind kaum aufgetaucht. Nach wie vor stehen sich westliche und östliche Welt feindselig gegenüber, nimmt in beiden Lagern die Aufrüstung ihren Fortgang, schleppt der Krieg in Korea sich weiter und stellen die farbigen Völker in ihrem Bestreben, sich von der kolonialen Bevormundung frei zu machen und selbständig zu werden, ein Moment dauernder Unruhe dar.

So gewinnt man denn beim Rückblick auf die politische Gesamtsituation mehr den Eindruck eines relativen Stillstandes als den des Vorwärtsdrängens. Das Tempo der Entwicklung hat sich jedenfalls nicht beschleunigt, sondern eher verlangsamt. Die Gründe dafür mögen zahlreich und verschieden sein; nicht zuletzt aber scheint dazu eine gewisse Unsicherheit beigetragen zu haben, und zwar die Unsicherheit über die Folgen eines Ereignisses, das noch gar nicht eingetreten ist, sondern erst im Spätherbst 1952 fällig wird, nämlich über den Ausgang der Präsidentenwahl in den Vereinigten Staaten. Wie noch selten wirft diese Wahl ihre Schatten voraus. Das ist nicht weiter verwunderlich, denn Amerika hat sich seit Kriegsende und besonders in den letzten zwei bis drei Jahren zur bedeutendsten Großmacht entwickelt, die — außer in den kommunistisch beherrschten Ländern — überall in der Welt ein entscheidendes Wort mitredet. Und nun steht bei der kommenden Wahl gerade die Frage im Vordergrund, ob die amerikanische Außenpolitik den in der Nachkriegszeit gesteuerten Kurs fortsetzen oder ob sie ihn ändern soll. Eine völlige Wendung, also etwa eine Rückkehr zum früheren sogenannten Isolationismus, ist allerdings heute undenkbar; aber die Folgen könnten auch dann schon sehr weitreichend sein, wenn eine Kursänderung nur in beschränktem Umfange eintreten würde. Da jedoch erst der Wahltag selber eine Antwort auf diese Fragen geben wird, bleibt der Welt nichts anderes übrig, als in Spannung diesen Tag abzuwarten und sich in Voraussagen zu ergehen, was denn auch ausgiebig besorgt wird.

Indessen kann es nicht die Aufgabe des Chronisten sein, sich darüber weiter zu verbreiten. Er hat sich überhaupt nicht mit Prognosen für morgen, sondern mit den Tatsachen von gestern zu befassen und wendet sich deshalb wieder dem Film der abgelaufenen Ereignisse zu.

*

War am Ende des vorigen Berichtsjahres der Ausbruch des Krieges in Korea die große Überraschung gewesen, so war es Ende Juni 1951 der in der letztjährigen „Weltchronik" bereits erwähnte russische Vorschlag zu Verhandlungen über einen Waffenstillstand auf diesem fernöstlichen Kriegsschauplatz. Schon anfangs Juli einigten sich die streitenden Parteien auf das in der Nähe der Kampffront liegende Kaesong als Konferenzort, und hierauf wurden dort am 10. Juli die Waffenstillstandsverhandlungen eröffnet. Aber heute noch, also zwölf Monate später, wartet man vergeblich auf ihren Abschluß! Es war ein langer und mühsamer Weg voller Schwierigkeiten, den die Unterhändler bisher zurückgelegt haben. Als sie nach drei Monaten den Konferenzort von Kaesong nach Panmunjom verlegten, besserte sich die Situation nur vorübergehend und nur scheinbar. Auch die in der zweiten Hälfte November erzielte Einigung über eine Waffenstillstandslinie, an der das Feuer einzustellen wäre, oder die seither getroffene Übereinkunft, wonach der Waffenstillstand von Neutralen überwacht würde, wobei auch schweizerische Vertreter herangezogen werden sollten, haben vorläufig keine praktische Bedeutung, denn über andere Punkte steht die Einigung eben noch aus; ein Waffenstillstand kann aber erst dann zustande kommen, wenn das Abkommen in allen Teilen bereinigt ist. Seit bald drei Monaten bilden die Differenzen über den Gefangenenaustausch das große Hindernis. Die Kommunisten verlangen,

daß beide Parteien alle Gefangenen gegenseitig austauschen müßten; die UNO-Delegierten dagegen erklären sich zur Auslieferung nur derjenigen Gefangenen bereit, die freiwillig zu den Kommunisten zurückkehren wollen. Es gibt nämlich unter den über 100 000 gefangenen Nordkoreanern und Chinesen viele Tausende, die antikommunistisch denken und daher eine Rückkehr ins kommunistische Lager ablehnen; diese Gegensätze zwischen den Gefangenen haben bereits zu schweren Zwischenfällen in den amerikanischen Gefangenenlagern in Südkorea geführt und eine Reorganisation des dortigen Lagerwesens nötig gemacht. Für die UNO geht es bei der ganzen Frage um einen ihrer obersten Grundsätze: sie hat sich damals in Korea zur Verteidigung der Freiheit dem gewaltsamen Angreifer entgegengestellt und würde ihre freiheitlichen und humanitären Prinzipien verleugnen, wenn sie jetzt Menschen gegen ihren Willen zwangsweise den Kommunisten übergeben müßte.

Karl Kobelt
Bundespräsident für das Jahr 1952

Inzwischen gehen auf dem Kriegsschauplatz die Kampfhandlungen weiter, doch haben sie im Berichtsjahr nur noch vereinzelt größerem Umfang angenommen. Der Frontverlauf hat sich kaum verändert. Bedeutendere Aktionen wurden immerhin von den Marinestreitkräften der UNO gegen kommunistische Häfen unternommen, und auch in der Luft haben verschiedene Schlachten stattgefunden, wobei von kommunistischer Seite in vermehrtem Maße Düsenflugzeuge eingesetzt wurden. Die oft schweren Bombardierungen, die die UNO-Luftflotte durchführte, galten hauptsächlich den kommunistischen Nachschublinien. Trotzdem scheint es den Kommunisten gelungen zu sein, ihre Kampftruppen erheblich zu verstärken und die Stellungen auszubauen. Aber auch die UNO-Streitkräfte haben die relative Kampfruhe dazu benutzt, um sich vor allfälligen Überraschungen durch den Gegner zu sichern. So stehen sich denn die beiden Kampfparteien jetzt mit wesentlich stärkeren Kräften gegenüber als noch vor einem Jahr.

*

Korea ist heute nicht die einzige, sondern nur die augenfälligste Stelle, an der die kommunistische und die nichtkommunistische Welt aufeinandergestoßen sind. Es gibt zahlreiche andere derartige Stellen. Als Weltmacht, die allein in der Sowjetunion und in den Satellitenstaaten weit mehr als 200 Millionen Menschen, in China gar mehr als 400 Millionen beherrscht, zusammen also rund ein Viertel der gesamten Erdbevölkerung, macht der Kommunismus seinen Druck und politischen Einfluß überall an seinen Grenzen und vielfach weit darüber hinaus geltend. Man kann ihn mit einem aufgestauten Wasser vergleichen, das Ufer und Dämme unterspült, in alle undichten Stellen eindringt und dort, wo es durchbricht, das nächstliegende Gebiet überflutet. Als letztes Ziel schwebt ja der kommunistischen Politik, wie es in der russischen Verfassung heißt, der „Zusammenschluß der Werktätigen aller Länder zur Welt-Sowjetrepublik" vor.

Demgegenüber ist es die Politik der nichtkommunistischen Welt, die Flut zurückzudrängen, die Dämme abzudichten und das Einsickern zu verhindern. In Korea konnte eine Durchbruchstelle

vorläufig mit militärischem Einsatz geschlossen werden. Gleichzeitig hat man aber im Fernen Osten den Damm auch mit politischen Mitteln zu verstärken gesucht. Diesem Zweck diente vor allem der Abschluß eines Friedensvertrages mit Japan. Das Verfahren, das dabei eingeschlagen wurde, war neu und ungewöhnlich. Um endlose Debatten an einer Friedenskonferenz zu vermeiden, arbeitete die amerikanische Regierung nach vorausgegangenen Fühlungnahmen mit den andern interessierten Staaten Vorschläge aus, die dann allen ehemaligen Kriegsgegnern Japans zugestellt und mit ihnen durch Notenaustausch auf diplomatischem Wege bereinigt wurden. Proteste und Einwände, die die Sowjetunion dagegen erhob, blieben allerdings unberücksichtigt; auch mit China wurde nicht verhandelt. Die diese beiden Länder betreffenden Fragen ließ man einfach offen. Nachdem der revidierte und als endgültig bezeichnete Entwurf gegen Mitte August vorlag, blieb der Friedenskonferenz, die dann für wenige Tage in San Franzisko zusammentrat, als Hauptarbeit lediglich die Unterzeichnung des Vertrages übrig, die am 8. September von 49 Staaten vollzogen wurde. Die Vertreter der Sowjetunion waren zwar zur Konferenz erschienen, verweigerten aber die Unterschrift. Dagegen erschien Indien überhaupt nicht in San Franzisko, sondern trat später in direkte Verhandlungen mit Japan ein und schloß am 9. Juni einen eigenen Friedensvertrag mit ihm ab.

Am 28. April ist dann der Vertrag von San Franzisko in Kraft getreten. Damit wurde Japan formell wieder zu einem souveränen Staat und konnte mit andern Ländern normale diplomatische Beziehungen aufnehmen, so auch mit der Schweiz. Auf seine früheren Besitzungen im Pazifik mußte es jedoch verzichten, erhielt aber das Recht, wieder eine eigene Armee zu unterhalten. Vorläufig freilich bleiben die amerikanischen Truppen im Land, nicht mehr als Besetzungstruppen, sondern als „Sicherheitstruppen" auf Grund eines besondern amerikanisch-japanischen Sicherheitspakts, der gleichzeitig mit dem Friedensvertrag in Kraft trat. Daß diese Verträge in weiten Kreisen des japanischen Volks jedoch nicht eben beliebt sind, zeigten die ernsten Zwischenfälle, die sich am 1. Mai, also nur drei Tage später, in Tokio und andern Städten ereigneten, wobei die von Kommunisten, aber auch von Nationalisten aufgestachelten Massen zugleich gegen die Regierung und gegen die „Fremden" demonstrierten.

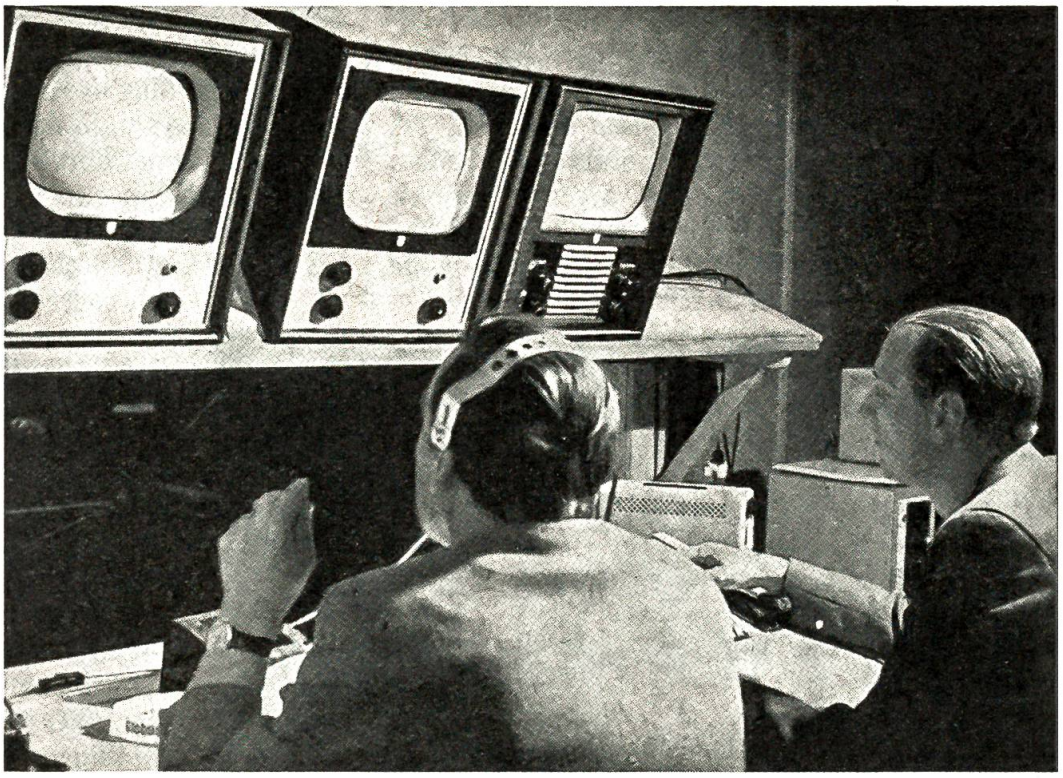
Gleichzeitig mit den Verträgen für Japan sind noch zwei weitere Verteidigungspakte, die für den Pazifik gelten, in Kraft getreten: ein Sicherheitspakt, den die USA Mitte August mit den Philippinen abgeschlossen haben und durch den die Amerikaner das Recht zum Unterhalt von militärischen Stützpunkten auf diesem Inselland erhalten; sodann ein am 1. September nach dem Muster des Atlantikpakts abgeschlossener militärischer Hilfevertrag zwischen den Vereinigten Staaten, Australien und Neuseeland. Endlich ist in diesem Zusammenhang eine Militärkonferenz zu erwähnen, die sich im Januar in Washington speziell mit der Sicherheit in Südostasien befaßte und an der sich die Generalstabschefs der USA, Großbritanniens und Frankreichs sowie Vertreter Kanadas, Australiens und Neuseelands als Beobachter beteiligten. Hauptgegenstand der Verhandlungen war Indochina, wo die Franzosen immer noch in zähen Kämpfen gegen die kommunistischen Vietminh-Rebellen stehen. Das französische Verlangen nach Entsendung amerikanischer Truppen wurde zwar abgelehnt, doch sagten die Amerikaner eine über die bisher schon gewährte materielle Hilfe hinausgehende Unterstützung zu für den Fall, daß auch das kommunistische China aktiv in den Kampf eingreifen sollte. So zeichnet sich hier ein Netz von Verträgen und Abmachungen ab, das sich eindeutig gegen ein weiteres Vordringen des Kommunismus im pazifischen Raum richtet.

*

Eine ähnliche Entwicklung ist mit dem weiteren Ausbau des Atlantikpakts einerseits und der Schaffung einer europäischen Verteidigungsorganisation andererseits auch für den Westen festzustellen.

Was zunächst den Atlantikpakt betrifft, für den sich nunmehr die Abkürzung NATO (North Atlantic Treaty Organization = Nord-Atlantik-Pakt-Organisation) eingebürgert hat, so ist hier als die bedeutendste Erweiterung und Verstärkung die Errichtung eines einheitlichen Kommandos für den Mittleren Osten zu erwähnen.

Der ursprüngliche Plan sah vor, daß möglichst alle an das östliche Mittelmeer grenzenden Staaten diesem Mittelostkommando unterstellt würden. Es gab aber zahlreiche Schwierigkeiten, und die Verhandlungen konzentrierten sich dann auf Griechenland und die Türkei, die Mitte Oktober zunächst dem Atlantikpakt beitraten, dessen Mitgliederzahl sich damit von 12 auf 14 erhöhte. Am 11. November veröffentlichten hierauf die USA, Großbritannien, Frankreich und die Türkei eine Erklärung über die Errichtung des Mittelostkommandos; einen Tag später gab auch die Südafrikanische Union den Beitritt bekannt. Durch griechisch-türkische Verhandlungen in Athen im Mai konnten alte Gegensätze zwischen diesen beiden Ländern weitgehend geglättet werden, und Mitte Juni stattete das griechische Königspaar zum erstenmal seit der Befreiung Griechenlands von der türkischen Herrschaft der Türkei einen Staatsbesuch ab.



Kürzlich wurde in Basel die erste schweizerische Versuchs-Fernsehanlage in Betrieb genommen.

ATP-Bilderdienst, Zürich

Am 2. April erstattete General Eisenhower seinen ersten — und zugleich letzten — Jahresbericht über seine Tätigkeit als Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte. Er stellte darin im Hinblick auf die Spannungen zwischen West und Ost wörtlich fest: „Das Schwergewicht hat sich zu unsern Gunsten verschoben, und die Lage der freien Welt ist beträchtlich besser als noch vor einem Jahr." Gleichzeitig jedoch reichte er seinen Rücktritt ein, da er sich dazu entschlossen hatte, auf republikanischer Seite als eventueller Kandidat für die amerikanische Präsidentschaft am Wahlkampf in seiner Heimat teilzunehmen. Zu seinem Nachfolger ernannte Präsident Truman den bisherigen Oberkommandierenden im Fernen Osten und in Korea, den amerikanischen General Matthew B. Ridgway, der am 1. Juni aus den Händen Eisenhowers das NATO-Kommando übernahm.

Parallel zum Ausbau der NATO wurden auch die Anstrengungen für die Schaffung einer speziell europäischen Verteidigungsorganisation verstärkt. Es würde zu weit führen, hier über die komplizierte Entwicklung, in der die Frage der besonders von den Amerikanern geforderten Beteiligung Deutschlands immer neue Schwierigkeiten bereitete, zu berichten. Der Chronist muß sich mit dem vorläufigen Ergebnis begnügen, das darin besteht, daß sechs Staaten, nämlich Frankreich, Italien, Westdeutschland, Holland, Belgien und Luxemburg, am 27. Mai in Paris den Vertrag über die „Europäische Verteidigungs-Gemeinschaft", für die die Abkürzung EVG oder auch EDC (European Defence

Community) gebraucht wird, unterzeichnet haben. Die Unterzeichner verpflichten sich darin, falls einer von ihnen angegriffen werden sollte, zu gegenseitiger Hilfe mit ihren Truppen, die nach einem einheitlichen Programm ausgebildet und ausgerüstet werden und deren Dienstzeit mindestens 18 Monate betragen soll. Oberstes Organ ist ein Ministerrat, in den jedes beteiligte Land einen Vertreter abordnet, und es soll auch ein zentraler Generalstab geschaffen werden. Den Oberbefehl führt in Kriegszeiten der Oberbefehlshaber der NATO, so daß also zwischen NATO und EVG eine enge Verbindung besteht, die ja praktisch schon darin zum Ausdruck kommt, daß mit Ausnahme Westdeutschlands alle Mitglieder der EVG zugleich Mitglieder der NATO sind. Die besondere Stellung Deutschlands zeigt sich auch noch in den Bestimmungen, die seine Rüstungsproduktion gewissen Beschränkungen unterwirft.

Der erste deutsche Gesandte nach dem Krieg, Minister Dr. Holzapfel, überreicht Bundespräsident Dr. Kobelt sein Beglaubigungsschreiben.

Photo W. Rydegger, Bern

Gleichzeitig mit diesem Vertrag wurde von den Vereinigten Staaten und Großbritannien, die beide nicht Mitglieder der EVG sind, auf Wunsch Frankreichs mit diesem gemeinsam eine „Garantieerklärung" unterzeichnet, worin beide angelsächsischen Mächte jeden Versuch zur Schwächung der EVG — gedacht ist an einen allfälligen Austritt des wieder aufgerüsteten Deutschlands, das dann eine selbständige Politik verfolgen könnte — als Bedrohung ihrer eigenen Sicherheit erklären und sich verpflichten, vorläufig weiterhin Truppen in Europa und speziell in Deutschland und in Berlin zu unterhalten.

Vorgängig diesen Abkommen wurde am 26. Mai in Bonn der sogenannte „Deutschlandvertrag" oder „Generalvertrag" unterzeichnet, durch den die Beziehungen der drei Besetzungsmächte USA, Großbritannien und Frankreich zur westdeutschen Bundesrepublik neu geregelt werden. Bereits zu Beginn des Berichtsjahres, am 9. Juli, hatten die Westmächte und 11 weitere Staaten das Ende des Kriegszustandes mit Deutschland erklärt, wogegen allerdings Israel protestierte. Durch den Generalvertrag, der an die Stelle des bisherigen Besetzungsstatuts treten soll und eine Art vorläufigen Friedensvertrag darstellt, wird der Bundesrepublik nun formell „volle Macht über ihre innern und

äußern Angelegenheiten" zurückgegeben, und sie wird sich „an der Europäischen Verteidigungs-Gemeinschaft beteiligen, um zur gemeinsamen Verteidigung der freien Welt beizutragen", wie es in dem sehr umfangreichen und aus verschiedenen Teilen bestehenden Vertragswerk heißt. Ferner wird darin die Wiedervereinigung West- und Ostdeutschlands auf friedlichem Wege als gemeinsames Ziel der Unterzeichnerstaaten erklärt.

Allerdings sind alle die genannten Abkommen noch nicht in Kraft getreten. Sie müssen zuerst ratifiziert, das heißt von den Parlamenten der beteiligten Länder angenommen werden, was wohl noch einige Zeit dauern wird, obwohl die amerikanische Regierung drängt und sie vor den Präsidentschaftswahlen unter Dach sehen möchte.

*

Diese ganze Entwicklung hat natürlich einen vielfach spürbaren Einfluß auf die zwischenstaatlichen Beziehungen und auf die Innenpolitik verschiedener Länder ausgeübt. In Deutschland hat namentlich die Wiedervereinigungsfrage zu langwierigen und immer noch nicht abgeschlossenen Auseinandersetzungen geführt. Denn nicht nur der Westen, sondern auch die Sowjetunion erklärt, daß sie ein wiedervereinigtes Deutschland wünsche; aber jede Seite will die Frage eben auf ihre Weise gelöst sehen. Im Vordergrund der Debatte steht dabei das Problem allgemeiner Wahlen in West- und Ostdeutschland und ferner die geplante Wiederaufrüstung, die auch bei den Deutschen selber noch sehr umstritten ist. Von allen begrüßt wurde die Rückgabe der Insel Helgoland, die bisher von den Engländern als Ziel bei Bombardierungsübungen benutzt worden ist. Die Propaganda für die Rückgliederung des wirtschaftlich mit Frankreich verbundenen Saarlandes hat zugenommen, und ein Plan zu seiner „Europäisierung", den zu prüfen Bundeskanzler Adenauer bereit war, ist wegen des Widerstandes innerhalb der Bonner Regierungsparteien wieder in den Hintergrund gerückt, obwohl der nach dem französischen Außenminister benannte „Schumanplan" für eine übernationale französisch-deutsche Kohlen- und Stahlunion, dem sich inzwischen auch Belgien, Holland, Luxemburg und Italien angeschlossen haben und der von allen Unterzeichnern bereits ratifiziert ist, eine Lösung der Saarfrage in dieser Richtung nahelegt. In Süddeutschland hat der Zentralismus einen Erfolg zu verzeichnen, indem durch Zusammenlegung der württembergischen und badischen Gebiete der sogenannte „Südweststaat" geschaffen wurde, trotzdem in einer Volksabstimmung vom 9. Dezember Südbaden eine deutliche Mehrheit gegen diese Neuordnung aufgebracht hatte. Endlich sei noch erwähnt, daß anfangs Mai Bundespräsident Heuß gegen seinen eigenen Willen auf Drängen der Regierung wieder das Lied „Deutschland, Deutschland über alles" als Nationalhymne anerkannt hat, was für den sich verstärkenden Einfluß nationaler oder gar nationalistischer Kreise bezeichnend ist.

Auch in Frankreich hat sich, im ganzen gesehen, das politische Schwergewicht leicht nach der nationalen Seite hin verschoben. Nutznießer ist jedoch nicht etwa General de Gaulle, dessen Partei vielmehr eine Krise durchmacht und sowohl im Parlament wie bei den Wählern Anhänger verloren hat, sondern es ist die gemäßigte Rechte, der vor allem die sogenannten „Unabhängigen" und die „Bauern" angehören. Nachdem seit dem Monat August René Pleven die Regierung geführt hatte, wurde nach dessen Sturz und längerer Krise anfangs März der Unabhängige Antoine Pinay Ministerpräsident. Sein Hauptziel ist es, der in letzter Zeit stark fortgeschrittenen Geldentwertung durch eine allgemeine Preissenkung einen Riegel zu schieben, und er hat sich bisher trotz der Opposition der Sozialisten, Kommunisten und eine Teils der Gaullisten durchzusetzen vermocht.

In Italien haben die im Mai abgeschlossenen Provinz- und Gemeindewahlen die politischen Tendenzen des Vorjahres bestätigt: die Extremisten links und rechts, Kommunisten, Neofaschisten und Monarchisten, hatten Stimmengewinne zu verzeichnen; sie zusammen haben etwa die Hälfte der Wähler hinter sich, während die andere Hälfte auf die Christlichdemokraten und auf die kleinern demokratischen Parteien entfällt. Im März ist es in Rom und andern Städten zu Massenkundgebungen für eine Rückgabe Triests an Italien gekommen, die teilweise deutlich nationalistisch gefärbt waren.

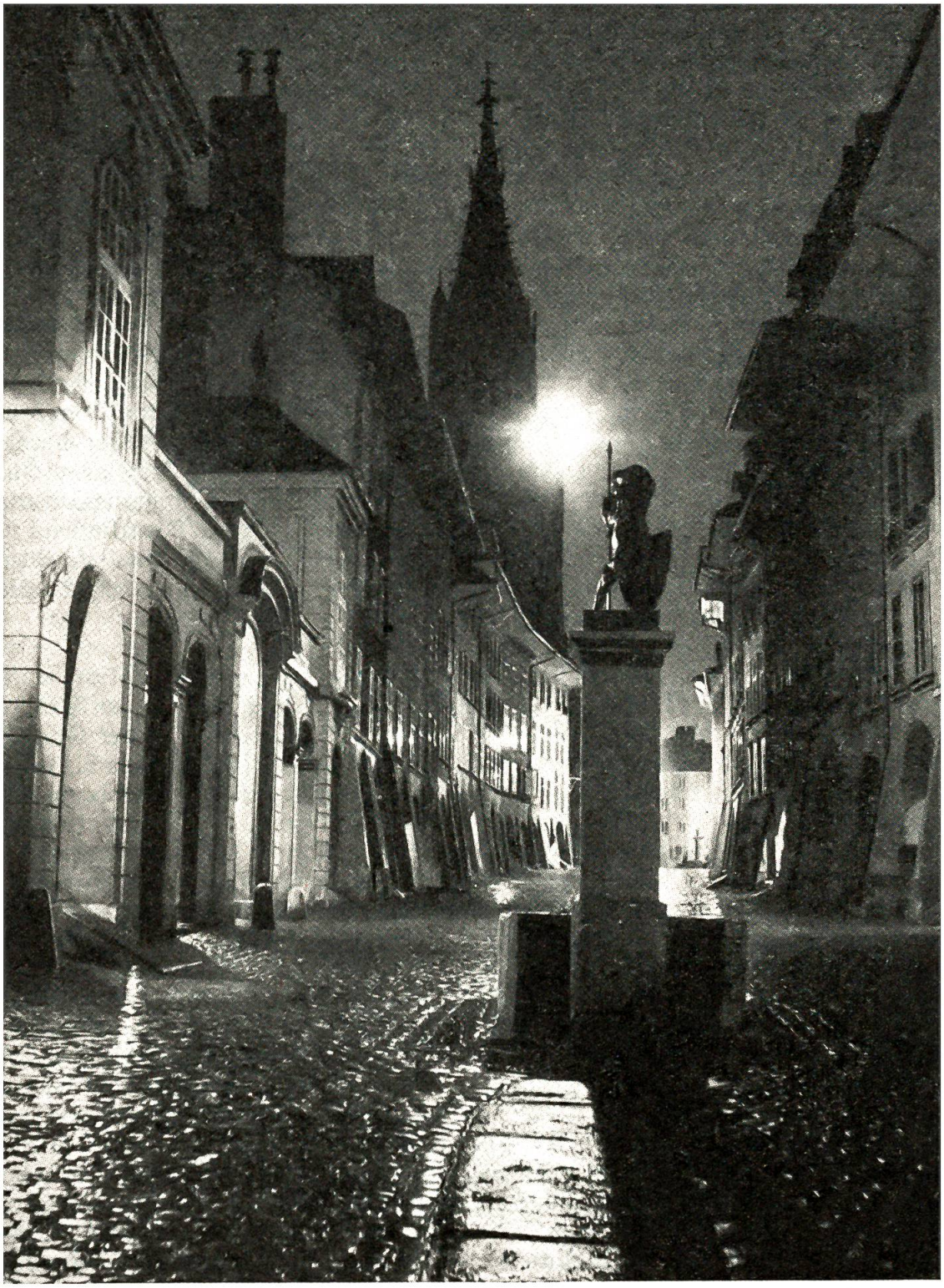
In England, wo am 6. Februar König Georg VI. im Alter von 57 Jahren gestorben und hierauf seine älteste Tochter als Elisabeth II. zur Königin proklamiert worden ist, haben im Oktober vorher Parlamentswahlen stattgefunden. Obwohl dabei die Arbeiterpartei mit 13,9 Millionen mehr Stimmen erhielt als die Konservativen mit 13,7 Millionen, geriet sie auf Grund des Wahlgesetzes im Parlament in Minderheit. Die Labourregierung Attlee, die seit 1945 am Ruder war, mußte daher zurücktreten und das Steuer des Staatsschiffs ergriff erneut der nunmehr 77jährige Kriegspremier Winston Churchill mit einem konservativen Kabinett.

Aus dem übrigen Westeuropa sei lediglich kurz erwähnt, daß in Belgien König Leopold III. am 16. Juli nun endgültig abdankte und am nächsten Tag sein Sohn Baudouin den Thron bestieg; daß in Portugal General Craveiro Lopes zum neuen Staatspräsidenten gewählt wurde; und daß längere Zeit eine amerikanische Militärmission in Spanien Verhandlungen führte, wobei amerikanische Kredite, eine allfällige Zusammenarbeit Spaniens mit der NATO und die Errichtung von Flugstützpunkten, wie sie übrigens auch Portugal auf Grund eines Vertrages mit Amerika der NATO im Kriegsfall auf den Azoren zur Verfügung stellt, zur Diskussion standen. Immer stärker nach dem Westen hin orientiert hat sich das kommunistische, aber seit dem Bruch mit der „Kominform" von Moskau unabhängige Jugoslawien, das Mitte November mit den USA ein Abkommen über amerikanische Kriegsmaterialhilfe unterzeichnet hat. Auch eine wesentliche Besserung in den österreichisch-jugoslawischen Beziehungen ist zu verzeichnen; es kam im Juni sogar zu einem Staatsbesuch des österreichischen Außenministers in Belgrad.

Aus den kommunistischen Ländern hinter dem „Eisernen Vorhang" ist zu berichten, daß sich nach amerikanischer Feststellung im Herbst in der Sowjetunion neue Atomexplosionen ereigneten, worauf Stalin in einer Erklärung bestätigte, daß es sich diesmal um Versuche mit Atombomben gehandelt habe. Im April wurde in Moskau eine „Weltwirtschaftskonferenz" veranstaltet, die auch von privaten Interessenten aus dem Westen besucht wurde und den Zweck haben sollte, den auf ein Minimum zusammengeschrumpften Handelsverkehr zwischen West und Ost zu fördern. Im übrigen war jedoch die kommunistische Politik nicht dazu geeignet, im Westen Vertrauen zu erwecken. In der Tschechoslowakei wurde die Kommunistische Partei nunmehr nach russischem Vorbild organisiert, wobei frühere Parteigrößen, voran der Generalsekretär Rudolf Slansky, verhaftet und als „Verräter" ins Gefängnis geworfen wurden. In Ungarn wurden massenhaft Personen und ganze Familien aus den Städten deportiert; in Rumänien ist wieder eine „Säuberung" im Gange, wobei auch der gestern allgewaltigen Anna Pauker, die dem Außenministerium vorsteht, „Abweichungen" von der kommunistischen Linie vorgeworfen werden; und in Bulgarien wurde angekündigt, daß die „Vaterländische Partei", zu der sich seinerzeit die Parteien unter kommunistischer Führung zusammenschließen mußten, nun aufgehoben und durch die Kommunistische Partei ersetzt werden soll. Langsam, aber Schritt für Schritt, werden so diese Staaten mit der Sowjetunion gleichgeschaltet.

*

Geht die Politik des Kommunismus darauf aus, die von ihm unterworfenen Länder immer stärker an Moskau zu fesseln, so vollzieht sich die Entwicklung der Beziehungen zwischen den Westmächten und ihren gegenwärtigen oder ehemaligen Kolonien in entgegengesetzter Richtung. Das Streben der „farbigen" Völker nach Selbständigkeit und Unabhängigkeit vom Westen machte sich im Berichtsjahr vorwiegend im Mittleren Osten und in Nordafrika geltend. In Iran (Persien) hielt die Regierung zäh an der Durchführung der sogenannten Nationalisierung der Ölindustrie fest, lehnte es ab, einen vorläufigen Entscheid des Internationalen Haager Gerichtshofes anzuerkennen und stellte sich auf den Standpunkt, daß auch der Sicherheitsrat der UNO, bei dem England den Streit anhängig machte, kein Recht habe, sich damit zu befassen. Ein Versuch, in direkten britisch-persischen Verhandlungen eine Einigung zu erzielen, scheiterte trotz amerikanischer Vermittlung, worauf die britischen Öltechniker aus Persien zurückgezogen wurden, was zur Folge hatte, daß die Ölraffinerien fast völlig



Berns Altſtadt bei Nacht

Photo W. Nydegger, Bern

stillgelegt wurden. Statt der erhofften Gewinne waren für Iran schwere Verluste die Folge. Die persische Regierung gab alle Schuld den Briten, und es kam mehrfach sowohl im Parlament wie bei den Massen zu Demonstrationen gegen die „Fremden".

Schwere fremdenfeindliche Zwischenfälle und Ausschreitungen ereigneten sich mehrfach auch in Ägypten, wo die Regierung den britisch-ägyptischen Vertrag von 1936 und den Sudan-Vertrag von 1899 „kündigte" und vom Parlament eine Verfassungsänderung annehmen ließ, die König Faruk zum „König von Ägypten und dem Sudan" proklamierte. Massenkundgebungen, an denen sich auch die Regierung beteiligte, waren gefolgt von blutigen Zusammenstößen mit britischen Truppen in der Kanalzone, wo es im Januar besonders im Gebiet der Stadt Ismailia zu einem regelrechten Kleinkrieg kam, der auf beiden Seiten viele Tote forderte. Am 26. Januar gingen dann die fanatisierten Massen in Kairo gegen Hotels, Geschäfte, Kinos und andere Gebäude von Ausländern vor, steckten sie in Brand oder zertrümmerten die Einrichtungen; dabei kamen auch zahlreiche Schweizer zu Schaden. Hierauf entließ der König die Regierung, setzte eine neue ein — doch ist bisher trotz der eingetretenen Beruhigung eine Einigung mit England noch nicht zustande gekommen.

Auch die Franzosen, die schon an den Kämpfen in Indochina schwer zu tragen haben, stoßen in ihren nordafrikanischen Besitzungen auf wachsende Schwierigkeiten, besonders im Protektorat Tunesien, wo der Bey und seine Minister die von Paris vorgelegten Reformprogramme ablehnen, weil sie den Forderungen nach Unabhängigkeit nicht genügend Rechnung tragen. In Marokko verlangte der Sultan in einer Thronrede ebenfalls „volle Souveränität".

Ohne Komplikationen konnte jedoch am 24. Dezember entsprechend den zwei Jahre vorher gefaßten UNO-Beschlüssen Libyen als Königreich proklamiert werden; es steht vorläufig noch spürbar unter britischem Einfluß. Auch in Jordanien vermochten die Briten ihre Interessen bisher zu wahren, obwohl dort der ihnen günstig gesinnte König Abdullah im Juli ermordet wurde und nach einer kurzen Regentschaft des ebenfalls englandfreundlichen Emirs Naif Abdullahs ältester Sohn Talal zum König proklamiert worden ist, der mit seinem Anhang eher nach der arabisch-nationalistischen Seite hinneigt.

Gegenüber den Vorgängen im Mittleren Orient hatten die Ereignisse in Südamerika mehr lokalen Charakter. Davon seien immerhin erwähnt ein mißglückter Militärputsch in Argentinien, wo dann zum erstenmal in der Geschichte des Landes ein Präsident, General Peron, mit 4,6 gegen 2,3 Millionen für eine zweite Amtsperiode gewählt wurde; ferner eine blutig verlaufene Revolution in Bolivien, die von der mit dem peronistischen Regime in Argentinien sympathisierenden „Revolutionären Nationalistischen Bewegung" durchgeführt wurde. In Uruguay wurde Mitte Dezember durch Volksabstimmung eine Verfassungsänderung genehmigt, durch die das in Amerika sonst übliche Präsidialsystem abgeschafft und als Regierung ein Bundesrat nach schweizerischem Vorbild eingesetzt wurde.

*

Und nun die eidgenössische Chronik. Das Berichtsjahr war wohl die an Abstimmungen bisher reichste Periode in der Geschichte unseres Bundesstaates. Nicht weniger als sechsmal hatten die Stimmbürger — es sind heute rund 1,4 Millionen — zu eidgenössischen Urnengängen anzutreten. Am 8. Juli wurde eine Vorlage über die Besteuerung öffentlicher Betriebe zwecks Finanzierung der Wehrausgaben mit starkem Mehr abgelehnt. Es folgten am 28. Oktober die Nationalratswahlen, die für die nun 196 Mitglieder zählende Legislative nur geringfügige Verschiebungen in der parteimäßigen Zusammensetzung ergaben. Unliebsames Aufsehen erregten gewisse Wahlmanöver der Separatisten im Berner Jura, die zur Folge hatten, daß nachträglich 722 Wahlzettel als ungültig erklärt werden mußten. Das neue Parlament wählte dann in der Dezembersession an Stelle der zurücktretenden Bundesräte Eduard von Steiger und Ernst Nobs neu in die Regierung die Nationalräte Dr. Markus Feldmann (Bern) und den Sozialdemokraten Prof. Dr. Max Weber (Zürich). Am 2. März wurde das sogenannte Hotelbauverbot vom Volk verworfen; die Abstimmung über diese Vorlage, die eine

befristete Verlängerung des Bundesbeschlusses über die Bewilligungspflicht für Gasthofbauten in Fremdenverkehrsgebieten vorsah, hätte bereits im November stattfinden sollen, war dann aber wegen der damals in gewissen Gegenden ausgebrochenen Maul- und Klauenseuche verschoben worden. Noch im gleichen Monat, am 30. März, wurde das Landwirtschaftsgesetz mit 483 500 gegen 411 100 Stimmen angenommen; sein Hauptzweck sind Schutz und Förderung der einheimischen landwirtschaftlichen Produktion. Am 20. April verwarf das Volk die von der kommunistischen Partei der Arbeit lancierte Initiative auf Abschaffung der Umsatzsteuer, und am 18. Mai das sozialdemokratische sogenannte Friedensopfer, das eine Abgabe auf den großen Vermögen als Beitrag zur Rüstungsfinanzierung und zum Schutze der sozialen Errungenschaften vorsah.

Inzwischen sind die neue Truppenordnung und die Ausrüstung der Armee mit verbesserten Waffen bereits in Durchführung begriffen, was für zahlreiche Einheiten vermehrte Dienstleistungen zwecks Umschulung mit sich bringt. Auch ist gemäß Bundesratsbeschluß vom August jedem Soldaten wieder Taschenmunition abgegeben worden. Zu größeren Diskussionen über die Art und den Sinn der Soldatenausbildung in unserer Milizarmee gaben auch zwei Militärprozesse Anlaß, der sogenannte Aspirantenprozeß, in dem die Verantwortlichkeiten für zwei Todesfälle während eines Gepäckmarsches in einer Berner Offiziersschule festzustellen waren, und der Prozeß gegen einen Schwadronsführer, der Kavallerierekruten in einer die Menschenwürde verletzenden Weise bis zur Erschöpfung gedrillt hatte

Weltausstellung der Photographie in Luzern

Eine große Attraktion der vom 15. Mai bis 31. Juli 1952 dauernden Ausstellung war der Phototurm, eine 40 Meter hohe, neuartige Holzkonstruktion mit Aussichtsrestaurant und Lift.

ATP-Bilderdienst, Zürich

und deshalb mit Gefängnis und Degradation bestraft wurde.

Auf politischem Gebiet erregte ein Hausstreit bei der kommunistischen Partei der Arbeit, in dessen Mittelpunkt der bisherige Parteiführer Nationalrat Léon Nicole stand, einiges Aufsehen. Lebhafte Diskussionen wurden um das Projekt zum Kraftwerk Rheinau geführt; vom Kanton Schaffhausen wurde es in einer Volksabstimmung abgelehnt, der Bundesrat jedoch hält an der Konzessionserteilung fest. Mit einem Beschluß des bernischen Großen Rates, die bernischen Ständeräte künftig statt für nur ein Jahr gleich für vier Jahre zu wählen, hatte sich das Bundesgericht zu befassen; es bestritt dem Rat die Kompetenz zu einer solchen allgemeinen Regelung, sprach ihm aber das Recht zu, von Fall zu Fall die Amtsdauer zu bestimmen. Erwähnt sei auch noch, daß der bernische Regierungsrat dem Landesteil Jura die Führung einer eigenen Fahne bewilligte, und daß die Staatskanzlei im Juli unter dem Titel „Kirche und Staat im Kanton Bern" einen Briefwechsel zwischen dem bernischen Kirchendirektor und dem Theologen Prof. Karl Barth veröffentlichte, der seiner grundsätzlichen Bedeutung wegen weit über den Kanton hinaus Beachtung fand.

Im übrigen stand die Schweiz im Zeichen der Jubiläumsfeiern: die Stände Zürich, Glarus und Zug gedachten ihrer 600jährigen Zugehörigkeit zur Eidgenossenschaft, die beiden Basel und Schaffhausen feierten als 450 Jahre alte Bundesglieder. Mit einem prächtigen Fest feierte im September auch der Schweizerische Trachtenverein sein 25jähriges Bestehen.

Hatte der Chronist im Vorjahr zum Schluß noch von schweren Lawinengängen zu berichten, so sind es diesmal Überschwemmungskatastrophen, an die er erinnern muß. Im August schon rissen die Hochwasser im Tessin und in Graubünden verschiedene Brücken und Bahnlinien weg, und auch die Gotthardbahn wurde unterbrochen. Im November dann brach im Süden der Alpen eine wahre Sündflut los; im Tessin fielen allein in drei Tagen 350 mm Regen, mehr als das Doppelte der sonstigen Niederschlagsmenge im ganzen Monat November. Die Seen überschwemmten in Lugano, Locarno und zahlreichen Dörfern tagelang Straßen und Plätze. Noch größer war jedoch das Unheil in Oberitalien, wo allein im untern Pogebiet 120 000 Hektaren Land mehrere Meter tief unter Wasser lagen und die Bevölkerung zahlreicher Städte und Dörfer mit Schiffen evakuiert werden mußte. Es wurde Frühling, bis die gewaltigen Wassermassen, in denen mehr als 200 Menschen und große Viehbestände umgekommen waren, wieder abflossen. Tröstlich bei allem Unglück wahr, daß sich auch diesmal wieder spontan überall die Hilfsbereitschaft regte: in ganz Europa wurden Aktionen organisiert, um dem schwer geprüften Oberitalien beizustehen. Hier manifestierte sich jener Geist der Solidarität und der Zusammenarbeit, den man gelegentlich auch auf politischem Gebiet etwas mehr verspüren möchte.

Egoismus

Die durch ihren Briefwechsel mit Voltaire berühmte Madame Marie du Deffand litt nicht an Verschwendungssucht, eher am Gegenteil. Hing das mit ihrer Krankheit zusammen? Sie war gezwungen, die halbe Zeit ihres Lebens im Bette zu verbringen. Dennoch empfing sie viele bedeutende Leute, die sich um ihr Bett scharten und geistreich mit ihr plauderten.

An einem schönen Wintertag hatten sich wieder ihre Freunde bei ihr versammelt. Verfroren kamen sie ins Schlafzimmer, konnten trotz allen Geistesfeuerwerks doch nicht warm werden: der Kamin war nicht geheizt. Schließlich sagte einer: „Verdammt, ist das hier eine Kälte!"

Madame war erstaunt: „Ist es wirklich so kalt?", und als man es ihr von allen Seiten bestätigte, schellte sie dem Diener.

Man war entzückt und glaubte, nun würde sie einheizen lassen. Aber wie war man enttäuscht, als sie nur befahl: „Bitte, bringen Sie mir doch eine Wärmeflasche!"

Angebote

Auf einer Auktion rief plötzlich ein Mann: „Ich habe meine Brieftasche mit 500 Franken Inhalt verloren. Ich biete dem Finder 30 Franken Belohnung!" — Atemlose Stille folgte diesen Worten. Dann rief jemand: „Ich biete 50 Franken!"